

Die Grenze zwischen dem sowjetischen Imperium und den westlichen Demokratien spaltete seit 1945 Deutschland und Berlin. Es war die Frontlinie im Kalten Krieg in Europa. Die beiden Berlin-Krisen 1948/49 und 1958 bis 1962 gehören zu seinen Höhepunkten.

1948 wurde Berlin politisch gespalten und durch zwei Währungen geteilt aber die Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin blieb offen.

Am 10. August übernahm der sowjetische Marschall Iwan S. Konew den Oberbefehl über die sowjetischen Streitkräfte in der DDR. In seinem Hauptquartier in Wünsdorf bekamen an diesem Tag die drei zuständigen DDR-Minister ihren Einsatzbefehl: am Sonntag den 13. August 0.00 Uhr sollten sie beginnen, die Sektorengrenze zu West-Berlin durch Volkspolizei und der SED-Parteiarmee (den „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“) abzuriegeln. Die Würfel zum Bau der Berliner Mauer und damit zum Ende der Krise waren gefallen.

Die Mauer durch Berlin war nicht das Ziel, welches der sowjetischen Partei- und Staatschef Nikita S. Chruschtschow und der Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED Walter Ulbricht zu Beginn der Berlin Krise 1958 verfolgten. Sie hatten weitergehende Ziele; die Sowjetunion forderte in ihrem Ultimatum an die Westmächte den Abschluß eines Friedensvertrages über Deutschland in sechs Monaten mit drei Zielen: die völkerrechtliche Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung der DDR als zweiten deutscher Staat und die Umwandlung West-Berlins in eine „entmilitarisierte“ Freie Stadt. Das Adjektiv „entmilitarisiert“ umschrieb den geforderten Abzug der westlichen Schutzmächte aus West-Berlin. Das Ziel verfolgte Chruschtschow noch beim Wiener Gipfeltreffen mit dem neugewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy im Juni 1961. Chruschtschow erneuerte ihm gegenüber

das Ultimatum von 1958. Kennedy lehnte die Unterschrift unter einen solchen Friedensvertrag ab und beharrte auf dem amerikanischen Recht, in Berlin präsent zu bleiben. Es kam um Berlin zum Patt zwischen Washington und Moskau, daß nur durch Krieg aufzulösen war, den beide Seiten nicht wollten.

Der Gewaltakt gegen das „Ausbluten“ des SED-Staates

Die Existenzsicherung der DDR sollte ab Juni die nächsten Schritte der sowjetischen Führung bestimmen, an deren Ende Konews Befehlsausgabe stand. Nach der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft 1960 hatte sich die wirtschaftliche Krise in der DDR zu einer Versorgungskrise zugespitzt. Die Flüchtlingszahlen stiegen dramatisch an. Existenzbedrohend war für den SED-Staat ihre altersmäßige Zusammensetzung. Ulbricht schrieb an Chruschtschow im Januar 1961, daß 75 Prozent der Flüchtlinge unter 25 Jahren seien. Den Weg nach Westen suchten gut ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure und Wissenschaftler. Ulbricht forderte die Lösung des West Berlin-Problems der SED. Wie das geschehen sollte, ließ er noch offen, die Schließung der Sektorengrenze erwähnte er nicht. Noch hatte für Chruschtschow die Verhandlungsoption mit dem amerikanischen Präsidenten oberste Priorität.

Erst nach dem Kennedy eine Berlin-Lösung im sowjetischen Sinn abgelehnt hatte, bekam für Chruschtschow die Existenzsicherung der DDR durch die Schließungen der Sektorengrenze in Berlin als Konfliktlösung mit den USA in Betracht. Am 20. Juli entschied er, das Tor zum Westen in Berlin zu schließen.

In Berlin muß nicht begründet werden, warum sich die Stadt an diesen 13. August vor 50 Jahren erinnert. Noch leben viele

Mitbürger unter uns, deren Leben gezeichnet und geprägt wurde durch diesen kommunistischen Gewaltakt, der so viel Leid über die Menschen der Stadt gebracht hat. Es geht nicht nur um die Toten, die an der Mauer erschossen wurden – wie Peter Fechter 1962. Familien wurden getrennt, Lebensläufe zerstört, Freizügigkeit entzogen und in Ost-Berlin forderte die SED uneingeschränkte Unterwerfung „ihrer Menschen“.

Das Datum geht aber alle Deutschen an. Bundeskanzler Konrad Adenauer benannte noch am 13. August die Ursache für diesen Schnitt durch die Stadt: „Diese Maßnahme ist getroffen worden, weil das der mittel-deutschen Bevölkerung von einer auswärtigen Macht aufgezwungene Regime der inneren Schwierigkeiten in seinem Machtbereich nicht mehr Herr wurde.“

National war der Mauerbau die existenzielle Gefährdung einer Wiedervereinigung Deutschlands. Nach dem Willen der SED-Machthaber sollte die Mauer nicht nur die Massenflucht aus der DDR abwehren, sondern auch die Gemeinsamkeiten zwischen den Deutschen zerstören und die Hoffnung auf Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit in der DDR abtöten. Der 13. August zeigte in unerbittlicher Weise, eine Verständigung zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion über einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands war nicht zu erwarten. In Berlin befestigten Chruschtschow und Ulbricht den SED-Staat und damit den Status Quo der Teilung.

Das Wort „Vaterlandsliebe“ ist heute verschwunden

Das Wort Vaterlandsliebe steht noch im Duden, aber aus der politischen Sprache der Deutschen ist es heute verschwunden. Als die sowjetischen und deutschen Kommunisten ihre Mauer durch Berlin zogen und eine ganze Generation zwangen, ihre Hoff-

nung auf die Wiedervereinigung ihres geteilten Vaterlandes zu ihrer Lebenszeit aufzugeben, war das Wort noch lebendig und bekam eine neue Bedeutung. Im August 1961 gab das Wort emotional dem verzweifelten Schmerz über die verlorene Einheit Deutschlands Ausdruck.

Der weltpolitischen Konstellation, die diese Teilung in zwei verfeindete Staaten und die Insel West-Berlin erzwang, waren die Deutschen ausgeliefert. Aus eigener Kraft konnten sie diese Teilung nicht überwinden. Die Berliner Mauer wurde zum Symbol der Teilung in dieser bipolaren Weltordnung, die auch Europa teilte. Nach dem 13. August 1961 ging es für eine nicht überschaubare Zeit für die Deutschen um zwei Fragen:

- Sind die Bindungskräfte wie familiäre Beziehungen, die gemeinsame Sprache und Geschichte stark genug, um die staatliche Teilung zu überdauern?

- Lebt die Idee der *einen* Nation weiter oder nimmt das Volk die Teilung als Schicksal hin?

Für die Generation, die im Schatten der Mauer aufwuchs wurde Deutschland ein Wort aus vergangenen Zeiten. Sie lebten entweder in der DDR oder in der Bundesrepublik und mußten somit in sehr unterschiedlichen politischen Ordnungen und gesellschaftlichen Systemen leben. Das Wort „Vaterlandsliebe“ bezogen auf Deutschland verlor zunehmend seinen Sinn in ihrer Lebenserfahrung.

In der Bundesrepublik verschwand das Wort im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die nationalsozialistische Diktatur aus der öffentlichen Sprache. Seine emotionale Bedeutung mit der Deutsche in der Vergangenheit ihre nahezu bedingungslose Identifikation mit ihrem Land ausdrückten wurde suspekt. War es doch eines der Schlüsselworte für Millionen deutscher Soldaten, die in den beiden Weltkriegen mit dem Gefühl starben, für das Va-

terland ihre Pflicht zu erfüllen.

Hitler und seine Gang mißbrauchten die „Vaterlandsliebe“ zur Selbstlegitimation ihres totalitären Machtanspruchs. Sie nutzten diese Identifikation mit der eigenen Nation gezielt, um das Volk der nationalsozialistischen Diktatur zu unterwerfen. Das gelang ihnen weitgehend und die gesellschaftlichen Eliten und das Volk wurden blind für die verbrecherischen Ziele die Hitler mit seiner Diktatur und dem Krieg verfolgte. Die Mehrheit der Deutschen folgte dem „Führer“ willig in seinem Eroberungs- und Vernichtungskrieg, an dessen Ende Deutschland besetzt wurde und seine Souveränität verlor. Die Kritik an dem skrupellosen Gebrauch den die Nationalsozialisten mit den Gefühlen der emotionalen Identifikation mit Deutschland getrieben hatten, war unausweichlich nach 1945, um die Katastrophe zu verstehen, in die Hitler und seine Gang Deutschland stürzten. Sie hatte aber im Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft fatale Nachwirkungen, die Identifikation mit der eigenen Nation stand unter dem Generalverdacht eines möglichen nationalistischen Mißbrauchs, wie er zwischen 1933 und 1945 stattgefunden hatte. Die Identifikation mit Deutschland wich der emotionalen Distanz zur eigenen Nation, die sich in vielen Fällen zum deutschen Selbsthaß steigerte.

In den 28 Jahren in denen die Mauer stand wuchs die Hinnahme deutscher Zweistaatlichkeit in der Bundesrepublik stetig. Der SED-Staat verlor für viele Demokraten im Westen seinen diktatorischen Charakter und mutierte zu einem zweiten Österreich. Die Selbstaufgabe der nationalen Einheit war in der Bundesrepublik bis zum Mauerfall 1989 weit fortgeschritten.

Nationsvergessenheit steigerte sich bis zum Selbsthaß

Die Gefährdung der Perspektive einer deut-

schen Wiedervereinigung durch den Stacheldraht in Berlin erkannten Konrad Adenauer und Willy Brandt sofort als Herausforderung der bundesdeutschen Deutschlandpolitik. Die Bilder aus Berlin warfen für die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik zwei Fragen auf: Mußten die deutsche Politik angesichts der bipolaren Weltordnung nun ihren Verfassungsauftrag zur Wiedervereinigung endgültig begraben und was bedeutete das Ereignis für die künftige Deutschlandpolitik der Bundesrepublik?

Adenauer stellte noch am 13. August 1961 klar, diese Machtdemonstration ändere nichts an dem Verfassungsauftrag der Bundesrepublik, die deutsche Einheit mit friedlichen Mitteln herbeizuführen: „Mit den Deutschen in der Sowjetzone und in Ost-Berlin fühlen wir uns nach wie vor aufs engste verbunden; sie sind und bleiben unsere deutschen Brüder und Schwestern. Die Bundesregierung hält an dem Ziel der deutschen Einheit in Freiheit unverrückbar fest.“ Die Erklärung war ein Versprechen vor allem gegenüber der Bevölkerung der DDR. Die Bundesrepublik konnte den Gewaltakt nicht verhindern, aber sie gab das Ziel der deutschen Wiedervereinigung auch nach diesem einseitigen kommunistischen Gewaltakt nicht auf. Die Bundesregierung beharrte weiter auf dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen.

Der Brennpunkt der Proteste gegen den Stacheldraht durch die Stadt war das abgeriegelte West-Berlin. Der Schock für die West-Berliner war ein doppelter, einmal die Brutalität, mit der die SED die Sektorengrenze schloß und dann die Hinnahme der Grenzsperren durch die Westmächte. Angst vor der eigenen Zukunft und eine Vertrauenskrise in die Bündnisgarantien der Vereinigten Staaten breiteten sich aus. Mußten nun die Möbelwagen bestellt werden, um diese im Stich gelassene Stadt zu verlassen? Das war die Frage, welche die Men-

schen bewegte.

In gewisser Weise wiederholte sich das Szenario von 1948, als die Sowjetunion mit einer Blockade der Transitwege von Westdeutschland nach West-Berlin die drei Westmächte zum Abzug zwingen wollte. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt trat in die Fußstapfen seines Vorgängers Ernst Reuter, der 1948 den Widerstandswillen der Berliner gegen die Blockade mobilisiert hatte und die amerikanische Luftbrücke die Blockade überwand.

Am 16. August wurde das Schöneberger Rathaus zur Tribüne, vor dem sich 250 000 Berliner versammelten. Mit seiner Rede verwandelte Brandt die ohnmächtige Empörung vieler Berliner über die gewaltsame Teilung ihrer Stadt zu einer entschlossenen Haltung der Selbstbehauptung von West-Berlin. Er erinnerte seine Zuhörer daran, daß „unsere Mitbürger im Sektor und in der Zone“ die schwerste Last trügen, die man ihnen in diesen Tagen nicht abnehmen könne, „und das ist heute das Bitterste für uns! Wir können sie ihnen nur mittragen helfen, in dem wir ihnen zeigen, daß wir uns der Stunde gewachsen zeigen! Sie fragen, ob wir sie jetzt abschreiben. Darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals! Sie fragen uns, ob wir sie jetzt verraten werden, und auch darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals!“

Als Chruschtschow und Ulbricht in Berlin vollendete Tatsachen schufen, zeigten sich die beiden Repräsentanten der großen Volksparteien der Bundesrepublik „dem Ernst der Stunde“ gewachsen und gaben die Perspektive der Einheit Deutschlands nicht auf. Der Sowjetunion und den westlichen Verbündeten wurde demonstrativ gezeigt, für die Bundesrepublik war die Teilung Berlins und Deutschlands nicht das letzte Wort in der deutschen Geschichte. Das Bekenntnis von Willy Brandt, man werde die Mitbürger in der Zone und in Ost-Berlin weder „abschreiben“ noch „verraten“

war der Beginn der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik.

Weltpolitisch war der Mauerbau der Rückzug der Sowjetunion aus ihrer politischen Berlin-Offensive, mit ihm waren die Grenzen der beiden weltpolitischen Blöcke an ihrer Frontlinie zementiert und diese Grenzbefestigung in Berlin wurde zu ihrem Symbol. Nun konnte der Status Quo der Teilung Europas und Deutschlands international unter aktiver Beteiligung der Bundesrepublik geregelt werden, dieser Prozeß gipfelte in der Schlußakte von Helsinki 1975.

Schließlich verschwand die DDR doch von der Landkarte

Das Bekenntnis von Adenauer und Brandt die Einheit der Nation trotz der faktischen Teilung Deutschlands nicht aufzugeben, war rückblickend betrachtet, der erste Schritt auf dem Weg zum Mauerfall 1989. 50 Jahre nach ihrem Bau können wir die historische Bedeutung der Mauer für unsere Teilungsgeschichte einordnen.

Ihr Bau 1961 beendete in Deutschland alle Hoffnungen auf eine Einheit, die von den vier Siegermächten in einer Friedenskonferenz herbeigeführt wird. Ihr Fall in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 lenkte die friedliche Revolution in der DDR gegen das SED-Regime auf den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. International setzte Bundeskanzler Helmut Kohl die deutsche Einheit im Bündnis mit den Vereinigten Staaten und dem Einverständnis der Sowjetunion durch. Am 3. Oktober 1990 verschwand die DDR von der Landkarte und die 45 Jahre der Teilungsgeschichte wurden zu einer Episode in der langen Geschichte der Deutschen. Die Mauer erfuhr 1989 einen Bedeutungswandel, sie bekam eine doppelte Symbolik, ihre Reste verkörpern die Erinnerung an die gewaltsame Teilung und die Wiedergewinnung der deutschen Einheit. ■

Prof. Dr. Manfred Wilke, Jahrgang 1941, aufgewachsen bei Kassel. 1981 Habilitation an der Freien Universität Berlin im Fach Soziologie, Privatdozent, 1985 - 2006 Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin; 1992 - 98 Mitglied der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Geschichte der SED-Diktatur; 1992 - 2006 einer der wissenschaftlichen Leiter des Forschungsbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen Zeitgeschichte. Jetzt ist sein Buch „Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte“ erschienen (472 Seiten, geb., 39,90 Euro). Historiker Wilke schreibt für MUT seit 2001.

MANFRED WILKE:

Der Schmerz der Teilung

Der 13. August 1961

Lieber Herr Professor Wilke,

14.6.2011

hier die Satzflächen Ihres vorzüglichen Beitrages zur Durchsicht. Der Artikel soll doch in der nächsten MUT-Ausgabe, Doppelnummer Juli/August, erscheinen.

Für baldige Erledigung bin ich Ihnen daher sehr verbunden!

Mit besten Grüßen

Ihr

Bernhard C. Wintzek

Fax: 04253/1603